

Gutes Leben in der Bilanz

ZUKUNFT Neue Kultur des Wirtschaftens: 980 Firmen aus 15 Staaten agieren nach Regeln der „Gemeinwohlökonomie“. Sie beachten soziale und ökologische Folgen ihres Handelns

AUS STUTTGART NADINE MICHEL

Ganz schön frustrierend war das, gibt Oliver Viest zu. Nur 369 von 1.000 möglichen Punkten. Das war das Ergebnis der ersten Gemeinwohlbilanz, die er für seine Kommunikationsagentur emfaktor erstellen ließ. Mit der Bilanz legt der Geschäftsführer Rechenschaft über die sozialen und ökologischen Konsequenzen seines Wirtschaftens ab.

In 13 europäischen Städten haben am Mittwoch Unternehmen parallel derartige Bilanzen der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie alle haben sich dem Konzept der Gemeinwohlökonomie verschrieben. Das Konzept möchte eine andere Kultur des Wirtschaftens fördern: gutes Leben aller statt Gewinnmaximierung einer einzelnen Firma, Kooperation statt Konkurrenz.

Das Konzept geht zurück auf Christian Felber, einen der Gründer von Attac Österreich. Inzwischen haben sich 980 Unternehmen aus 15 Staaten der Initiative des Autors des Buches „Gemeinwohlökonomie“ angeschlossen. Sie lassen ihre Bilanz entweder von externen Gutachtern abklopfen oder schließen sich mit anderen Unternehmen zusammen, um sich gegenseitig zu bewerten.

Die Bilanz bewertet nicht nur Soll und Haben, sondern auch die Bereiche Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung. Diese Aspekte werden auch für verschiedene Bezugsgruppen überprüft, etwa Lieferanten, Geldgeber oder Mitarbeiter. Anhand der Kriterien werden Punkte vergeben. Für eine gerechte Verteilung des Einkommens etwa bekommt eine Firma 60 Punkte. Werden Frauen und Männer aber ungleich bezahlt, schlagen 200 Minuspunkte zu Buche.

Viest stellte die Bilanz seiner Firma in Stuttgart vor. Auch



In Stuttgart auch mit Gemeinwohlbilanz: der Friseur Foto: dpa

wenn er selbst gespannt auf die Bilanzpunkte geguckt hat, weiß er, dass es vielmehr auf den Prozess ankommt. „Die Bilanz ermöglicht uns einen objektiven Blick auf uns selbst: Ist das, was wir tun, genug, oder glauben wir nur, dass es genug ist?“

Während er etwa beim Punkt Transparenz gute Werte erzielte, gab es Minuspunkte im Bereich Teilhabe. „Das Spannende ist, dass es dabei nicht nur um die Teilhabe von Mitarbeitern geht, sondern auch der Gesellschaft.

Nicht nur Soll und Haben, auch Menschenwürde, Solidarität und Mitbestimmung

Das war ein Aspekt, der viel bewegt hat in meinem Kopf.“

Julia Bauer hält die Zahlen vor allem auch für eine gute Möglichkeit, Transparenz zu schaffen. Sie arbeitet beim baden-württembergischen Outdoor-

Ausrüster Vaude. Das Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2015 Europas nachhaltigster Outdoor-Ausstatter zu werden. Doch anhand welcher Kennzahlen lässt sich das nachweisen? Mit dieser Frage beschäftigt sich Bauer oft. Menschenwürde, Solidarität, ökologische Verantwortung – „das sind Dinge, die jeder im Privaten erwartet, aber die so schwer messbar sind“, sagt sie. Anhand der Matrix könne der Kunde nun selbst nachprüfen, wie viel ein Unternehmen in einem bestimmten Bereich macht.

Doch die Werte der Gesellschaft können sich auch ändern. Ziel der Gemeinwohlbewegung ist es daher, dass die Werte immer wieder neu diskutiert werden. So könnte in zehn Jahren die Bewertungsmatrix ganz andere Anforderungen an Unternehmen stellen und die Punkte anders gewichten.

Für den Moment kann Ilona Beinhoff eine durchaus positive Bilanz vorweisen. Sie führt in Stuttgart den Friseursalon „Haargalerie“ mit sechs Mitarbeiterinnen. „Mir war klar, wenn ich mich selbstständig mache, werde ich sofort einen Systemwechsel anstreben.“ So arbeitet sie ausschließlich mit Vertrieben zusammen, die nachhaltige Produkte mit hohem Anteil an pflanzlichen Inhaltsstoffen anbieten. Außerdem bietet sie ihren Kunden Gesundheitsvorträge an, um sie ganzheitlich zu betreuen. Künftig möchte sie die Mitarbeiter an ihrem Betrieb beteiligen.

In der Bilanz kam sie damit auf 502 Punkte. Gefördert habe der Bilanzierungsprozess vor allem den Dialog mit ihren Mitarbeiterinnen. „Wir haben diskutiert, wann wir Konkurrenz sind und wann wir kooperieren“, erzählt Beinhoff. „Das hat uns noch einmal näher zusammengebracht und mir Mut gegeben, mich noch mehr mit meinen Mitarbeiterinnen auseinanderzusetzen.“

LESERINNENBRIEFE

taz. die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Was genau ist katholische Kultur?

■ **betr.:** „Zwangskatholisierung rechtens“, taz vom 19. 4. 13

Ehemalige Liebes-Beziehungen können sich in tiefen Hass verwandeln, wie man weiß. Dass sich aber ein Oberlandesgericht massiv in einen bizarren Sorgerechtsstreit mit sehr zweifelhaften Argumenten einmischt, ist mehr als fragwürdig. Da werden also sechsjährige Kinder verurteilt, am katholischen Religionsunterricht teilzunehmen – gegen ihren Willen und den der Mutter, nur weil der Expartner es so will. Kindeswohl zählte hier gar nicht. Und als Begründung, heißt es, die zwangsweise Teilnahme am katholischen Religionsunterricht solle „Kenntnis über die Grundlagen der hier gelebten Kultur vermitteln“.

Mal ganz davon abgesehen, dass es nicht Aufgabe von Richtern am Oberlandesgericht ist, sich in Exegese zu ergehen, fragt man sich, was genau die „katholische Kultur“ denn sei, die vermittelt wird: Frauenfeindlichkeit? Erzwangene Partner- und Kinderlosigkeit der leitenden Angestellten? Leugnen der Evolutionstheorie? Und als reichte das nicht, gab es massenhaften Kindesmissbrauch durch exponierte Vertreter dieser Kirche. Da kann man jedem nur raten, seine Kinder nicht mit diesen Herren allein zu lassen. Wertevermittlung ist eine wichtige Aufgabe der Schule – aber eben der Schule und nicht religiöser Fanatiker. Der Ethikunterricht erfüllt das gut, insbesondere für die zunehmende Zahl der Menschen, die nicht in einer Kirche sind oder sein wollen. UWE BARKOW, Frankfurt am Main

Eher prekär als privilegiert

■ **betr.:** „Kind oder Karriere“, taz vom 23. 4. 13

Schade, dass es in diesem Artikel überwiegend darum geht, die Bedingungen für Wissenschaftler_innen mit Kindern zu beleuchten, denn: Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz gilt für alle Wissenschaftler_innen, die an Universitäten forschen und arbeiten möchten. Nach spätestens zwölf Jahren (sechs Jahre vor, sechs Jahre nach der Dissertation) kann ein_e Wissenschaftler_in keine befristeten Verträge an Universitäten mehr bekommen, es sei denn bei Drittmittelprojekten. Diese Regelung sollte ursprünglich gegen „Kettenbefristungen“ wirken (bei denen sich zudem manche_r eine Stelle erklagt hat), de facto stellt sie eine Art „Berufsverbot“ für Wissenschaftler_innen dar – und dies nicht nur für Mütter oder Väter in Mutterschutz oder Elternzeit. Nach der Zeit von zwölf Jahren Beschäftigung als Wissenschaftler_in gibt es allerdings noch die Möglichkeit, über das „Teilzeit- und Befristungsgesetz“ an einer anderen Universität eingestellt zu werden; eine Information, die in dem Artikel nicht vorkommt.

Das Arbeiten als Wissenschaftler_in an einer Uni finden manche vielleicht privilegiert, ist jedoch eher prekär. Erst Hangeln von befristeter Stelle zu befristeter Stelle, die zudem auch häufig nur eine halbe Stelle ist, wobei jedoch oft (meist unbezahlte) Mehrarbeit erwartet wird, da viele Professor_innen der Ansicht sind, dies gehöre dazu. Und nach zwölf Jahren ist Schluss. Änderungen bezüglich der befristeten Arbeitsverträge für Wissenschaftler_innen an den deutschen Universitäten insgesamt sind nötig. Genau wie Änderungen an befristeten Stellen überhaupt, denn im Allgemeinen sind diese Befristungen nur eine um Jahre verlängerte Probezeit, obwohl ein halbes Jahr reichen sollte. SILKE JARUSZEWSKI, Wuppertal

Steuergesetze ändern

■ **betr.:** „Ein Geschenk für die Sozialdemokraten“, taz vom 23. 3. 13

Was immer auch noch über die Steuer-CDs herauskommen mag, es ist eine Ungerechtigkeit, dass durch Selbstanzeige eine Straftat nicht sanktioniert wird. Frau Merkel braucht gar nicht so heuchlerisch ihre Enttäuschung gegenüber Uli Hoeneß zu bekunden. Sie hätte längst die Steuergesetze dahin gehend ändern können, dass das Wohnsitzprinzip ersetzt wird durch das Staatsangehörigkeitsprinzip. Damit wäre die Bundesrepublik – wie die USA – in einer ganz anderen Position, und die gesamte Diskussion über Steueroasen und Steuerbilligländer usw. wäre vom Tisch. Alle Deutschen bezahlen in Deutschland ihre Steuern, egal wo sie wohnen und wo ihr Einkommen erworben wird. F. DANGEL, Ofterdingen

Trinkgeld ist kein Ersatz

■ **betr.:** „Die Oligarchen sind über uns“, taz vom 24. 4. 13

Schon längst ist offensichtlich, dass die Konzentration des Geldes auf den Konten von wenigen eben nicht der Mehrheit zugute kommt – denn der sogenannte trickle-down-effect (Tröpfel-effekt) bleibt wegen Verdunstung auf dem Weg nach unten wirkungslos. Hier und da mal ein Trinkgeld ist eben kein Ersatz für Besteuerung und Investitionen in die Realwirtschaft. MANUELA KUNKEL, Stuttgart

Die Welt ist unheimlich

■ **betr.:** „Schwarze Sheriffs auf Kanaken-Patrouille“, taz v. 24. 4. 13

mensch hartmut, naiv ist da aber wirklich untertrieben. wir haben ne frau als kanzler, schwule und/oder grüne bürgermeister, schwule außenminister ... und der schwarze häuptling der amis ... ohne kommentar. ich frag mich eher was einen schwarzen deutschen dazu bringt bulle zu werden. das find ich wirklich gruselig. alle überlegungen diesbezüglich machen mir angst. und ein schwarzer bulle, der mich auf der nächsten antinazidemo verprügelt, würde mein eh schon labiles menschenbild nicht unbedingt stabilisieren. und schwarze bullen, die den faschoumzug vor den bösen linken schützen? die welt ist unheimlich. BORIS KRUMM, Hopfgarten

Zwischen Einbindung und Boykott

ATOMMÜLL Die geplante Endlager-Kommission stellt die Umweltverbände vor eine schwierige Wahl: Mitmachen in einem Prozess, den sie kritisch sehen? Oder auf Teilnahme und Einfluss verzichten?

BERLIN taz | Das neue Endlager-gesetz hat zwei weitere Hürden genommen: Am Mittwoch stimmte das Bundeskabinett dem Entwurf zu, auf den sich Bund und Länder vor zwei Wochen geeinigt hatten. Schon am Dienstagabend hatten die schleswig-holsteinischen Grünen den Kurs ihres Umweltministers Robert Habeck gebilligt, unter bestimmten Bedingungen Atom-müll in ihrem Bundesland zwischenzulagern, der eigentlich für Gorleben bestimmt war. Damit sind die Chancen gestiegen, dass Bundestag und Bundesrat das Gesetz wie geplant Anfang Juli verabschieden.

Diese Situation stellt die Umweltverbände vor eine Herausforderung. Bisher haben sie die Verhandlungen über das neue Endlager-gesetz nur mit Protesten auf der Straße begleitet. Jetzt sollen sie eingebunden werden: In der 24-köpfigen Bund-Länder-Kommission, die unter anderem Kriterien für die Endlagersuche entwickeln soll, sind zwei Plätze für Vertreter von Umweltgruppen vorgesehen. Doch die Frage, ob man sich darauf einlassen soll, spaltet die Szene.

Robin Wood etwa lehnt den Prozess ab, weil das Gesetz schon verabschiedet wird, bevor die Kommission überhaupt tagt. „Erst ein Gesetz, dann Dialog – das ist doch eine Farce“, sagt Engliereferent Dirk Seifert. Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg sieht die Zusammensetzung der Kommission und die Festlegung durch die Politik kritisch und lehnt deshalb eine Mitwirkung ab. „Einfluss nehmen kann man von draußen oft besser“, sagt er.

Noch keine Meinung gebildet haben sich zwei Schwergewichte unter den Verbänden. Für den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) sagt der Vorsitzende Hubert Weiger: „Diese Frage werden wir noch intensiv in unseren Gremien diskutieren.“ Heftige interne Debatten gibt es offenbar auch bei Greenpeace. Unmittelbar nachdem die Pläne für die Kommission vorgestellt worden waren, hatte Atomexperte Heinz Smital diese als „Feigenblatt“ bezeichnet und eine Mitwirkung abgelehnt. Auch jetzt hat er noch große Vorbehalte und glaubt nicht, „dass die Ver-



Klar und unkompliziert: Anti-Castor-Protest auf der Straße Foto: Reuters

sprechungen gehalten werden können.“ Ausschließen will er eine Greenpeace-Mitwirkung allerdings nicht mehr; dies sei eine „schwere Abwägung“. Deutlich positiver klingt die Einschätzung von Tobias Münchmeyer aus der politischen Vertretung von Greenpeace. Eine Beiteilung an der Kommission sei denkbar, sagte er der taz. „Es kommt auf die Bedingungen an.“

Viele der Organisationen stehen vor einem Dilemma. Sie sehen diverse Probleme im Verfahren und fürchten, am Ende für

Kompromisse verantwortlich gemacht zu werden, die ihren eigentlichen Forderungen widersprechen. Zugleich wäre es der Öffentlichkeit kaum zu vermitteln, erst eine bessere Einbindung der Zivilgesellschaft zu fordern und diese dann im entscheidenden Moment zu verweigern. Zudem gibt es die Sorge, dass andere Organisationen dankbar in die Lücke springen, wenn die großen Akteure wie Greenpeace und BUND sich verweigern. Die Deutsche Umwelthilfe etwa hat ihre Bereitschaft schon klar signalisiert. „Wenn das seriös und transparent gemacht wird, wird mit der Kommission eine Forderung von uns erfüllt“, sagt Sprecher Gerd Rosenkranz. Darum müssten „fachkundige Organisationen daran auch mitarbeiten“.

Völlig unklar ist unterdessen, wie über die Beteiligung entschieden wird, wenn es am Ende mehr als zwei interessierte Umweltverbände geben sollte. Zum Auswahlverfahren steht im Gesetzentwurf lediglich: „Die Mitglieder werden einvernehmlich von Bundestag und Bundesrat gewählt.“ MALTE KREUTZFELD